Zeitschrift: Curaviva : Fachzeitschrift

Herausgeber: Curaviva - Verband Heime und Institutionen Schweiz

Band: 75 (2004)

Heft: 7-8

Artikel: Zweiter Jahreskongress des Schweizerischen Senioren- und Rentnerverbands : auf der Suche nach neuen Regeln für den Generationenvertrag

Autor: Steiner, Barbara

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-804455

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 21.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Zweiter Jahreskongress des Schweizerischen Senioren- und Rentnerverbands

Auf der Suche nach neuen Regeln für den Generationenvertrag

Barbara Steiner

An der zweiten Schweizerischen Senioren-Landsgemeinde haben sich in Luzern Politikerinnen und Politiker sowie Seniorinnen und Senioren mit der Zukunft des Generationenvertrags befasst.

Ein kleines Volksfest feierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, als der Schweizerische Senioren- und Rentnerverband (SSRV) im Jahr 2000 zu seiner ersten Landsgemeinde ins sanktgallische Weesen einlud. Die zweite Auflage des von Curaviva mitgetragenen Anlasses im Kultur- und Kongresszentrum in Luzern (KKL) gestaltete der Dachverband Schweizerischer Seniorenorganisationen nun als ernsthaftes Diskussionsforum – ein Zeichen dafür, dass sich in der Zwischenzeit einiges verändert hat, wie Präsident Matthias Kummer sagte. «Noch vor vier Jahren war die Welt vermeintlich berechenbarer. Der Durchschnittsbürger war sich kaum bewusst, wie eng die finanziellen Verhältnisse der öffentlichen Hand plötzlich würden.» Der Glaube der Jungen an sichere Renten schwinde zusehends, weil ihnen klar geworden sei, dass die erste Säule der Altersvorsorge, die AHV, wegen der demografischen Entwicklung nicht wie seinerzeit geplant funktionieren könne. Zudem sei ihnen drastisch vor Augen geführt worden, wie eng die zweite Säule, die Pensionskassen, mit der Wirtschaftsentwicklung verbunden sei. Die steigenden Kosten im Gesundheitswesen werfen die durchaus zynische Frage auf, wie viel Medizin der Mensch brauche. Generell sei heute eine Umverteilung der Mittel von den Jüngeren zu den Älteren zu beobachten. Die Situation zwinge zum Überdenken, sagte Kummer: «Der Generationenvertrag gibt kein immerwährendes Anrecht auf gewisse Leistungen. Er ist vielmehr eine Idee von Geben und Nehmen, von Gegenwart und Zukunft, von Würde in der Jugend, im Erwerbsalter und beim Älterwerden.» Oft werde er als Ausdruck einer fast mystisch überhöhten Solidarität verstanden. Dabei habe er eigentlich einen ganz einfachen Inhalt: «Er regelt, wer die Last für bestehende Aufgaben und Leistungen für Jung und Alt trägt, wer sie bezahlt.»

Diskussion: Wohin soll der Weg des Generationenvertrages gehen?
Foto: eh

Transparenz und Austausch

Ansätze für neue Lösungen präsentierten Nationalrat Toni Bortoluzzi (SVP), die Nationalrätinnen Pascale Bruderer (SP), Christa Markwalder (FDP) und Ständerat Bruno Frick (CVP). Toni Bortoluzzi zieht aus dem für ihn unverständlichen Nein zur 11. AHV-Revision in der Urnenabstimmung

vom 16. Mai den Schluss, dass eine Mehrheit der Bevölkerung in der Zukunft keine Chance und Herausforderung, sondern eine Bedrohung sieht. Beantwortet habe die Ablehnung von AHV-Vorlage und Mehrwertsteuer-Erhöhung nichts. «Unsere Generation darf die Lebensbedingungen der Nachkommen aber nicht verschlechtern», gab Bortoluzzi zu bedenken. Dies heisst für ihn, dass man auf neue Sozialsysteme verzichten und zusätzliche Abgaben an bereits bestehende möglichst verhindern muss. Weiter fordert er unter anderem die volle Zuweisung der Mehrwertsteuergelder an die AHV, mehr Transparenz im Bereich der Finanzierung von Sozialwerken und Renteneintrittsalter 65 für alle. Vor einer Erhöhung dürften die Augen nicht verschlossen werden: «Es ist unrealistisch, dass immer weniger Erwerbstätige für immer mehr Rentner aufkommen müssen.» Frühpensionierungen mit weniger als 43 oder 44 Erwerbsjahren seien nicht mehr zu begünstigen. Grundsätzlich, so Bortoluzzi, müsse der Generationenvertrag glaubwürdig, gerecht und sozial sein, «dann ist er auch finanzierbar». Glaubwürdig und tragbar sei der Vertrag auch, wenn Probleme erkannt und für die Zukunft gelöst würden. Hier spiele der Erwerbsersatz bei Mutterschaft eine zentrale Rolle, knüpfte Pascale Bruderer an Bortoluzzis Bemerkung an. Die Basis für den Generationenvertrag bildet ihres Erachtens eine gemeinsame Perspektive von Jung und Alt. Deshalb sei es wichtig, dass ein gleichberechtigter Austausch das gegenseitige Verständnis fördere. Alle Altersgruppen müssten sich aktiv an der Meinungsbildung und an den Entscheidprozessen beteiligten: «Unsere Demokratie lebt vom Miteinander.»

Teilzeitarbeit und Politik

Christa Markwalder erinnerte an den warmherzigen Empfang, den die Jugendlichen in Bern dem 84-jährigen Papst geboten hatten. Diese Bilder seien nicht unbedingt repräsentativ, meinte sie: «Das Verhältnis zwischen den Generationen wird zunehmend fragiler.» Davon zeugten Wortklaubereien wie der Ausdruck «Generationendiktat». Alarmierender als die demografische Entwicklung sei ihres Erachtens das schwindende Vertrauen der Jüngeren in die Altersvorsorge. Mit seinem Nein zur AHV-Revision habe eine Mehrheit der Stimmberechtigten zum Ausdruck gebracht, dass sie nicht bereit seien, das Sozialwerk so zu sanieren, dass auch künftige Seniorinnen und Senioren davon profitieren könnten.
Wie Bruderer machte sich auch Markwalder für ein Ja zur Mutterschaftsversicherung in der Abstimmung vom 26. September stark. Weiter regte sie an, in den laufenden Diskussionen das Modell Lebensarbeitszeit ernsthaft zu prüfen. Darin hinge die Rentenberechtigung nicht mehr von den Lebensjahren, sondern von der Anzahl Beitragsjahre ab. Auch die Gleichstellung der Geschlechter in bezug auf Rechte wie auf Pflichten und Teilzeitstellen für Alte gehören zu Markwalders Forderungen. Bruno Frick ortete vor dem Rednerpult im Konzertsaal nicht Seniorinnen und Senioren, sondern «Aktive, die voll dabei sind und mitgestalten wollen. Das Alter mit Jahren definieren zu wollen, werde zusehends schwieriger: «Früher bedeutete alt krank, gebrechlich und weise. Heute ist ein Grossteil der Alten unternehmenslustig und geniesst den Wohlstand.» Mit den veränderten Voraussetzungen verband der Ständerat denn auch seine Anregungen. Er rief die Seniorinnen und Senioren dazu auf, sich generell im politischen Leben zu engagieren.

Wieder ein Platz in der Wirtschaft

Beim Podiumsgespräch unter der Leitung von SSRV-Kommunikationschef Peter Jäger gesellten sich Curaviva-Direktor Hansueli Mösle und René Künzli, CEO der Tertianum-Gruppe, zu den Politikern. Im Zentrum der Diskussion stand die Frage, welche Chancen arbeitswillige ältere Menschen auf dem Arbeitsmarkt haben. Genauso, wie es für die einen Menschen sinnvoll sein könne, sich früher aus dem Erwerbsleben zurückzuziehen, wäre es für andere gut, länger arbeiten zu können, stellte Pascale Bruderer fest: «Im Moment ist aber von Seiten der Wirtschaft wenig Bereitschaft zu spüren, diese im Arbeitsmarkt zu behalten.» Die Wirtschaft werde nicht darum herumkommen, Seniorinnen und Senioren stärker einzubeziehen, prognostizierte Toni Bortoluzzi. Auch Bruno Frick zeigte sich überzeugt, dass Menschen über 60 in ein paar Jahren wieder gefragt sein werden. Laut Hansueli Mösle müsste der Generationenvertrag über die Erwerbstätigkeit hinaus gehen und auch für Gemeinschaftsarbeit gelten. ■

Neuer Name

Seit der Landsgemeinde in Luzern heisst der bisherige Schweizerische Senioren- und Rentnerverband Schweizerischer Verband für Seniorenfragen in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft (SVS).
Die Umbenennung soll zum Ausdruck bringen, dass der Dachverband seinen Blickwinkel erweitert und weitere Bevölkerungskreise ansprechen will. Der Vergangenheit gehören nach zwei Veranstaltungen auch die Landsgemeinden an: Sie sollen von Jahrestagungen abgelöst werden. *(bst)*